

Mindestlohn 12 Euro Mindestrente 1.050 Euro

Seit Agenda 2010 und Hartz IV Erwerbslose und Erwerbstätige gleichermaßen unter Druck setzen, boomt in Deutschland der Niedriglohnsektor. Der gesetzliche Mindestlohn in Höhe von derzeit 8,84 Euro pro Stunde ist zu niedrig. Er verhindert keine Niedriglohnbeschäftigung, da er weit unterhalb der aktuellen Niedriglohnschwelle von 11,80 Euro liegt. Jeder fünfte Beschäftigte verdient weniger. Der Mindestlohn muss deshalb auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden. Massenarbeitslosigkeit und die Ausweitung prekärer Arbeit führen bei immer mehr Erwerbstätigen zu fehlenden Beitragszeiten in der Rentenversicherung. DIE LINKE fordert deshalb einen Kurswechsel und mindestens eine Rente von 1.050 Euro.

Je stärker DIE LINKE,
desto sozialer das Land!

Geschwister-Scholl-Schule: Etwas mehr Schulsozialarbeit



Im Hauptausschuss der Stadtvertretung beschlossen noch Dr. Günter Thiel (BALL) und Hans Hansen (SPD) bei einer CDU-Gegenstimme und sechs Stimmenthaltungen mit knapper Mehrheit den Nachtrag zum Stellenplan der Stadt. Hauptdiskussionspunkt war die beantragte halbe Stelle für die Schulsozialarbeit an der Grund- und Gemeinschaftsschule, für die die Stadt zunächst mehr zahlen müsste. In der Stadtvertretung plädierte die BALL-Fraktion nochmals vehement für den beantragten Ausbau der Schulsozialarbeit. Man könne nicht warten, bis das Gezerre zwischen Land, Kreis und Kommunen hinsichtlich der Kostenübernahme für die Schulsozialarbeit beendet ist. Der Stellenplan einschließlich der zusätzlichen 0,5-Schulsozialarbeiterstelle wurde letztlich einstimmig von der Stadtvertretung verabschiedet. Die Bürgermeisterin wurde beauftragt sich beim Kreis Pinneberg für die Refinanzierung aller Schulsozialarbeitsstellen stark zu machen.

Ärztliche Versorgung in Barmstedt und Umlandgemeinden

Weiter in Richtung Ärztezentrum

Seit langem gibt es in Barmstedt und Umlandgemeinden Unzufriedenheit über die ärztliche Versorgung. Insbesondere betrifft dieses die Problematik der fehlenden Fachärzte. Im Frühjahr hatte der Seniorenbeirat unserer Stadt erneut die Initiative ergriffen, um hier Verbesserungen zu erreichen. Die BALL unterstützt



Klaus Kuberzig

diese Forderung und hatte hierzu eine Blitzumfrage durchgeführt. Das Ergebnis war eindeutig: Die Mehrheit der Befragten empfindet die Versorgung als unzureichend.

Auf Initiative des Seniorenbeirates fand nun am 5. Juli eine Diskussionsrunde mit der

Bürgermeisterin zu dieser Frage statt, an der auch ein Vertreter der BALL teilgenommen hat. Als Gast nahm der Koordinator für die ambulante Versorgung aus dem Kreis Dithmarschen, Harald Stender, teil. Dieser informierte über die Möglichkeiten, die Situation zu verbessern.

Während es derzeit keine Möglichkeit der Ansiedlung von Fachärzten gäbe, bestünde die Möglichkeit der Ansiedlung eines weiteren Hausarztes, da es seitens der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) im Bereich Pinneberg noch vier freie Lizenzen gibt. Die beste Möglichkeit wäre lt. H. Stender die Schaffung eines Ärztezentrums, zumal es dabei sehr lange Abschreibungsmöglichkeiten gibt. Dieses hatten auch der Seniorenbeirat und die BALL unlängst ins Gespräch gebracht.

Als nächste Schritte sollen



jetzt Gespräche seitens der Stadtverwaltung mit den bereits ansässigen Ärzten und der Ärztenossenschaft geführt und ggf. weitere Schritte ausgelotet werden. Aus Sicht der BALL könnte im Innenstadtbereich,

z. B. im ehemaligen „Stadt Hamburg“-Komplex, ein solches Ärztezentrum untergebracht werden. Außerdem hat der neue Eigentümer der Geno-Mühle (am Nappenhorn/Bahnhof) offensichtlich Interesse bekundet

so ein Zentrum zu realisieren. **Nicht nur die Menschen sind krank sondern das Gesundheitssystem geht an Krücken**

Ob sich in einem Kreis Ärzte ansiedeln dürfen, entscheidet letztlich die KV nach fragwürdigen Zulassungsquoten. Wenn es nach deren Statistiken geht, gibt es im Kreis Pinneberg zurzeit sogar eine Überversorgung an Fachärzten. Aber: Ein großer Teil der Ärzte befindet sich im unmittelbaren Hamburger Umland, versorgt also auch viele Patienten aus der Großstadt mit. Aber unabhängig vom Standort: Wenn man z.B. vier Monate auf einen Termin beim Augenarzt oder 10 Wochen für einen Besuch beim Neurologen warten muss, so kann man kaum von einer Überversorgung sprechen. Künftige (Bundes-) Regierungen sollten wir auch daran messen, ob das System der ärztlichen Versorgung endlich patientengerecht verbessert wird.

Von Bass bis Sopran – gemeinsam gegen Rüstungswahn und Drohnenkrieg

Orchester blockierte Fliegerhorst Jagel

Der Fliegerhorst Jagel bei Schleswig ist ein stark wachsender Stützpunkt der deutschen Luftwaffe. Seit Anfang August starten von hier die „Tornado“-Flugschüler des Luftwaffengeschwaders 51 „Immelnmann“ ihre Kampfjets, die bisher über der Wüste New Mexicos trainiert haben. Die Einheit, die nach dem von der Bundeswehr wie auch der NS-Wehrmacht verehrten Piloten Max Immelnmann, der im Ersten Weltkrieg reihenweise Gegner abgeschossen hatte, benannt ist, wurde zuvor in Afghanistan und aktuell im Syrien-Krieg eingesetzt.

Die Anwohner sind empört über die immer größer werdende Zahl der Starts und Landungen. Beim Protest des Orchesters „Lebenslaute“ am 21. August 2017 ging es aber nicht nur um Fluglärm. Sondern:

- Von hier aus starten die Aufklärungs-Tornados in den Krieg nach Syrien. Sie liefern Ziele zur Bombardierung und Zerstörung.
- Hier werden Drohnenpiloten

für ihren Kriegseinsatz in Afghanistan und Mali ausgebildet.

■ Ab 2019 soll Jagel der zentrale Stationierungsort für Bundeswehr-Kampfdrohnen werden.

■ Jagel wird Luftwaffen-Ausbildungszentrum für die Tornado-Kampfflugzeuge.

„Aufklärung“ klingt harmlos, ist aber zentrales Element jeder Kriegsführung. Hier werden tödliche Entscheidungen getroffen, deren Opfer vorwiegend Zivilpersonen sind. Drohnenkrieg setzt die Hemmschwelle zum Töten herab.

Folgen des „Kriegs gegen den Terror“ allein in Afghanistan, Irak und Syrien: fast 2 Millionen Tote und unzählige körperlich und seelisch Verwundete; flächendeckende Zerstörungen; Millionen von Flüchtlingen; Hass, Angst, Gewaltbereitschaft und neuer Terror. Krieg wird zum Dauerzustand. Die Bevölkerungen sollen sich an immer mehr Rüstung gewöhnen, statt auf friedliche Konfliktlösungen und Ursachenbekämpfung zu setzen. Im Morgengrauen am 21.08.



versammelten sich 80 Orchestermusiker neben den regelmäßig vor den Toren demonstrierenden Mitgliedern der lokalen Gruppe der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen. Insgesamt blockierten schließlich 150

Menschen die Zufahrtswege des Stützpunktes. Die Musiker positionierten sich an den Toren und spielten Musik von Beethoven bis „Ton Steine Scherben“. Als offene Musikgruppe bringt das Orchester „Lebenslaute“ ihre Musik gerade dort zum Klingen,

wo dies nicht erwartet wird: auf Militärübungsplätzen und Flüchtlingsabschiebeflughäfen, vor Atomfabriken und Raketen-depots, in Ausländerbehörden und an anderen menschenbedrohenden Orten.

Bundestagswahl:

US-Atomwaffen abziehen

SPD-Kanzlerkandidat Schulz erklärte auf einer Wahlkampfveranstaltung, er werde als Bundeskanzler sich dafür einsetzen, dass die in der Bundesrepublik – in Büchel – gelagerten US-Atomwaffen abgezogen werden. Das sind richtige Worte, und sie bleiben auch richtig, selbst wenn sie aus dem Munde des SPD-Kanzlerkandidaten wenig glaubwürdig klingen.

Dr. Günter Thiel



Zur Erinnerung: Bereits in der Regierungsvereinbarung zwischen CDU/CSU/FDP stand die Forderung nach dem Abzug aller US-Atomwaffen, Gleiches stand in der Koalitionsvereinbarung der jetzigen CDU/CSU/SPD-Regierung. Gab es in den letzten vier Jahren einen Vorstoß, um den Abzug der US-Atomwaffen voranzutreiben? Im Gegenteil. Im Bundestag lehnte die SPD wiederholte Anträge der LINKEN ab, den

Abzug der US-Atomwaffen endlich in Angriff zu nehmen. Als in diesem Jahr bei den Vereinten Nationen 130 der 193 UN-Mitgliedsstaaten sich für die Neuaufnahme von Verhandlungen über ein Verbot aller Atomwaffen ausgesprochen hatten, nahmen die Länder, die bereits Atomwaffen besitzen, nicht an den Verhandlungen teil. Die SPD hätte eine gute Gelegenheit gehabt, ihrer Kritik an Atomwaffen auch einmal Nachdruck zu verleihen und dies bei den UN-Verhandlungen zum Verbot von Atomwaffen einzubringen. Doch die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung boykottierte die UN-Verhandlungen.

Weiterhin wolle Schulz sich der Erhöhung der Rüstungsausgaben um zusätzliche 30 Milliarden Euro, wie von der US-Regierung gefordert, widersetzen. Das Geld solle stattdessen lieber für Schulen und eine Verbesserung von Infrastrukturen ausgegeben werden. Auch das wäre, wenn es denn so gemeint ist, eine zwar späte, aber

richtige Einsicht. In den letzten Jahren hat die SPD in der Regierung die Militarisierung und Aufrüstung der Bundeswehr voll mitgetragen. Unter dem SPD-Wirtschaftsminister Gabriel wurden Rekorde beim Waffenexport erzielt, selbst in solche Terrorpatenländer wie Saudi-Arabien. Die SPD in der Regierung hat die Auslandskriegseinsätze mitgetragen und mitbeschlossen, dass deutsche Soldaten wieder an der Grenze Russlands stehen. Und auch das in der NATO vereinbarte Ziel, die Rüstungsausgaben auf 2 % des Bruttonationalprodukts zu erhöhen, hat die jetzige Koalition mitgetragen.

Es ist so: Allein die LINKEN im Bundestag hat sich konsequent dafür eingesetzt, dass die Milliarden, die für Aufrüstung und Auslandskriegseinsätze verpulvert werden, zur Bekämpfung sozialer Not, für den sozialen Wohnungsbau, für Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser verwendet werden. Ebenso steht bei den LINKEN die Forderung nach dem Abzug der

Deutschland wählt atomwaffenfrei

#nuclearban

85% DER BEVÖLKERUNG WOLLEN DEN ABZUG DER ATOMWAFFEN AUS DEUTSCHLAND. FÜR EIN ATOMWAFFENVERBOT SIND 93%.

2017 finden Verhandlungen zum globalen Verbot von Atomwaffen in den Vereinten Nationen statt. Deutschland nimmt nicht daran teil. Mehr Infos unter: www.icanw.de

US-Atomwaffen wie auch die Forderung nach dem Schließen des US-Drohnenabschusszentrums in Ramstein, von wo aus Zehntausende, meistens Zivilis-

ten, vor den Augen der Bundesregierung völkerrechtswidrig getötet werden, ganz oben. Wer also die LINKEN wählt, stärkt damit auch die Kräfte,

die sich tatsächlich für Abrüstung und Entspannung sowie für die Umschichtung der Rüstungsmilliarden zur Linderung sozialer Not einsetzen.

Erhöhungen erst nach der Kommunalwahl?

Straßenausbaubeiträge



Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk,
Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

Unter der Überschrift „Aktualisierung der Straßenbaubeitragssatzung“ sollte auf der Juli-Stadtvertretung die seit längerem schwebende Erhöhung der Anliegerbeiträge beim Straßenausbau beschlossen werden. Vorgesehen ist den Anteil der Anlieger beim Ausbau von Anliegerstraßen von 75 % auf 85 %, von städtischen Hauptverkehrsstraßen von 50 % auf 55 % zu erhöhen. Diese Erhöhung sollte nicht für die jetzt schon beschlossenen Straßenausbauten gelten. Die BALL-Fraktion hatte in der Vergangenheit immer wieder die hohen Anliegerbeiträge kritisiert, die vor

allem Haushalte mit geringem Einkommen teilweise stark belasten. Die BALL hat sich grundsätzlich gegen die Erhebung von Anliegerbeiträgen ausgesprochen: schließlich zahlen die Bürger genügend Steuern, u. a. Grundsteuern und erhebliche KFZ- und Mineralöl-Steuern, so dass man dafür auch die Unterhaltung der Straßen erwarten kann. Da die neue CDU/FDP-Landesregierung eine Änderung der Landesverordnung für den Straßenausbau angekündigt hat, wurde die Beschlussfassung über die Erhöhung der Anliegerbeiträge vertagt, und im Mai 2018 wird die neue Stadtvertretung gewählt.

Bebauungsplan 72b Düsterlohe:

Im letzten Moment

Auf der Stadtvertretersitzung im Juli wurde für den Bebauungsplan 72b an der Düsterlohe (SSV-Sportplatz) der Auslegungsbeschluss gefasst. Im letzten Moment deckte BALL-Stadtvertreter Helmut Welk zwei Dinge auf, die auf einmal in der Beschlussvorlage auftauchten, obwohl in den vorherigen Ausschusssitzungen anderes beschlossen war.

Der Sozialausschuss hatte sich einstimmig dafür ausgesprochen, die dringend benötigte neue Kindertagesstätte an der Düsterlohe unterzubringen. Dagegen argumentierten FWB-Vertreter im Bauausschuss, konnten sich aber nicht mit

ihren Vorstellungen durchsetzen. Jetzt tauchte überraschend in der Beschlussvorlage der Stadtvertretung auf einmal der Satz auf, dass dort keine neue Kindertagesstätte gebaut werden solle. Der Bau der neuen Kindertagesstätte in einem anderen Baugebiet würde die Fertigstellung aber mindestens um ein weiteres Jahr hinausschieben. BALL-Stadtvertreter Helmut Welk kritisierte massiv, dass hier der Stadtvertretung – warum auch immer – etwas untergeschoben werden sollte, was gegen die demokratischen Gepflogenheiten verstößt. Auf Antrag der BALL blieb die Stadtvertretung letztlich bei ihrer Absicht an der Düsterlohe den

neuen Kindergarten zu bauen. Weiterhin: Der Bauausschuss hatte beschlossen, dass die bebaubaren Flächen an der Düsterlohe in einigen Teilen bei GRZ=0,4 (40 Prozent der Grundstücksfläche könnten



Helmut Welk

also bebaut werden) liegen sollte. FWB-Vertreter, die dies ablehnten, konnten sich in der Abstimmung aber nicht durchsetzen. BALL-Stadtvertreter Helmut Welk kritisierte entsprechend, dass in der Beschlussvorlage für die Stadtvertretung auf einmal für die gesamte Fläche eine GRZ von 0,3 auftauchte – ein weiterer erheblicher Verstoß gegen die demokratischen Spielregeln. Eine etwas größere Bebaubarkeit von GRZ=0.4 ermöglichte für den Kindergarten wie auch für den von BALL, SPD und Grünen befürworteten sozialen Wohnungsbau mehr Flächenausnutzung und Planungsspielraum. Letztlich wurde wieder in einem für den Kindergarten vorgesehenen Teilbereich eine GRZ von 0,4 beschlossen.

Mit diesen beiden Korrekturen beschloss die Stadtvertretung den Auslegungsbeschluss dann einstimmig.

